

### Verlaufsbericht

Der Berichterstattergruppe 3 - "Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat" - legte besonderen Wert darauf, daß Kern ihrer Arbeit sein muß, Schwerpunkte bei der Mißachtung und dem Mißbrauch des Rechts durch den SED-Staat zu dokumentieren und mit besonders aussagekräftigen Beispielen zu belegen.

#### A) Allgemeines

Prof. Dr. Schroeder verfaßte ein Arbeitspapier, auf dessen Basis die Berichterstattergruppe nach Beratung folgende Arbeitsschwerpunkte festlegte:

- I) Das Rechtsverständnis der SED
- II) Exemplarische Maßnahmen beim Aufbau des Repressionsapparates
- III) Rekrutierung und Ausbildung der Juristen in der SBZ/ DDR
- IV) Die Lenkung der Justiz und die Beseitigung der Unabhängigkeit der Richter und Rechtsanwälte
- V) Die Mißachtung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze durch die Justiz
- VI) Das Vorgehen gegen Ausreisewillige
- VII) Die Erklärung zum kriminell gefährdeten Bürger
- VIII) Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei
- IX) Die Selbstdarstellung der DDR vor internationalen Menschenrechtsorganisationen
- X) Die Beurteilung von Maßnahmen der DDR durch die Rechtsprechung der Bundesrepublik

## **B) Öffentliche Anhörungen bzw. öffentliche Vortragssitzungen**

Unter Federführung der Berichterstattergruppe 3 wurden im Zeitraum Mai- Juni 1993 vier öffentliche Anhörungen bzw. öffentliche Vortragssitzungen zum Themenfeld "Recht" veranstaltet:

1) Die Vortragssitzung vom 14. Mai 1993 in Bonn widmete sich dem Thema **"Die Umwandlung der Justiz in der SBZ/DDR"**

Ziel war es, mehr über das ideologische Instrumentarium zu erfahren, mit dem die SED ihr Rechtsverständnis in der SBZ/DDR durchgesetzt hatte.

Der Einleitung von **Abg. Frau von Renesse** folgte **Prof. Dr. Schroeder** mit seinem Referat **"Die Übernahme der sozialistischen Rechtsauffassung in ihrer Stalinschen Ausprägung in der SBZ/DDR"**. Er verdeutlichte, auf welche Art und Weise die SED mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Vorstellungen vom Aufbau eines "Sozialistischen Rechtsstaates" umsetzte. Die ideologische Rechtfertigung für diese Umwälzungen beruhte auf der Durchsetzung der stalinistischen Ordnung, wie sie sich in der Sowjetunion entwickelt hatte.

Der Rechtssoziologe **Prof. Dr. Alexy** ergänzte diese Ausführungen mit einem Vortrag über den **"Rechtsbegriff Walter Ulbrichts"**

Anknüpfungspunkt hierfür war eine Grundsatzrede, die Ulbricht auf der sog. "Babelsberger Konferenz" 1958 gehalten hatte. Diese Konferenz bedeutete eine Zäsur in der Rechtsentwicklung der DDR, da sie Praxis und Lehre auf einen restriktiven, streng die Vorgaben der Partei zu beachtenden Kurs verpflichtete.

Die Historikerin **Frau Dr. Otto** folgte mit einem Referat über die **"Entnazifizierung der Justiz in der SBZ"**

**Frau Rechtsreferendarin Pfannkuch** behandelte dann das Thema **"Die Volksrichterlehrgänge in der SBZ am Beispiel Sachsens"**.

Den Ausführungen der Referenten schloß sich eine Frage- und Diskussionsrunde an.

2) Am 28. Mai 1993 folgte in Bonn eine öffentliche Anhörung zum Thema **"Die Babelsberger Konferenz"**

Nach einer Einführung durch **Prof. Dr. Schroeder** referierte **Prof. Dr. Eckert** über **"Die Babelsberger Konferenz - Legenden und Fakten"**. Er legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen darauf zu untersuchen, welchen Einfluß die Ergebnisse der Konferenz auf die Rechtentwicklung der DDR hatten und welches Schicksal denjenigen Rechtswissenschaftlern widerfuhr, die zu den dort Angegriffenen zählten.

Die Professoren **Klenner** und **Mollnau**, Teilnehmer der Konferenz und von Ulbricht dort kritisiert, berichteten im Anschluß daran aus der Sicht von Zeitzeugen, welche Auswirkungen diese Zusammenkunft für sie hatte.

**Abg. Prof. Dr. Heuer** ergänzte diese Ausführungen durch einen Erfahrungsbericht, in dem er u. a. über die Folgen berichtete, welche die Konferenz auf den Wissenschaftsbetrieb, insbesondere den Bereich der Rechtswissenschaft, hatte.

**Abg. Prof. Dr. Soell** erläuterte sodann aus der Sicht eines Historikers die politischen Rahmenbedingungen, welche der Konferenz zu Grunde lagen.

An die Vorträge schloß sich wiederum eine Frage- und Diskussionsrunde an.

3) Am 1. und 2. Juni 1993 tagte die Enquete-Kommission in Rostock und behandelte die Themenkreise **"Die Lenkung der Justiz in der DDR"** und **"Das Vorgehen gegenüber Ausreisewilligen"**.

a) Anhörung **"Die Lenkung der Justiz in der DDR"**

Nach einem **Grußwort** des Justizministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Herrn Herbert Helmrich**, referierte der Rechtssoziologe

**Prof. Dr. Rottleuthner** einleitend über institutionellen Rahmen und allgemeine Erkenntnisse, die er im Bereich der Justizlenkung gewonnen hatte.

Drei in der damaligen DDR praktizierende Rechtsanwälte sowie ein ehemaliger Staatsanwalt berichteten im Anschluß hieran darüber, inwieweit sie selbst in der Ausübung ihres Berufes von Justizlenkungsmaßnahmen des Staates betroffen gewesen waren.

Eine ergänzende Frage- und Diskussionsrunde beendete den ersten Tag.

Am 2. Juni 1993 erläuterte zunächst **Herr Fricke** anhand einer **Fallstudie** das Zusammenwirken von Staatssicherheit, Oberstem Gericht und Staatsanwaltschaft im Bereich der Justizlenkung.

Danach berichteten die Herren **Baier, Mette und Schäfer**, z.Zt. als Richter bei einem Rehabilitationssenat am Bezirksgericht Cottbus tätig, wie sich die Lenkung der Richter und Staatsanwälte nach den ihnen vorliegenden und ausgewerteten Akten vollzogen hatte.

**Dr. Bischoff** ergänzte diese Ausführungen. Er war vom Justizministerium des Landes Brandenburg damit beauftragt worden, die **Einsetzung der sog. Richterüberprüfungsausschüsse** zu leiten. Aufgrund der dort gewonnenen Erkenntnisse konnte er zum einen über die Personen- und Sozialstruktur der Richterschaft berichten, als auch weitere Erkenntnisse über Praxis und Entscheidungsstränge im Bereich der Justizlenkung vermitteln

Diesem Vortragsteil folgten **Berichte von vier Zeitzeugen**, die im Zusammenhang mit "politischen" Ereignissen vor Gericht standen und z.T. zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren.

(Prozeß gegen die Werdauer Oberschüler 1951; 17. Juni 1953; Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR 1968; Ausbürgerung Biermanns 1976/77)

#### **b) Anhörung "Das Vorgehen gegenüber Ausreisewilligen"**

Ausreisewillige waren in der ehem. DDR in besonderem Maße der Willkür und den Schikanen staatlicher Stellen ausgesetzt. Hierzu

näheres zu erfahren, war Ziel des zweiten Teils der öffentlichen Anhörung in Rostock.

**Ministerialrat Lochen** vom Bundesministerium der Justiz führte in die Thematik ein.

Er ist Mitherausgeber des Buches **"Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger - Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern"**.

Kern seines Vortrages war es, der Kommission weitere Erkenntnisse über die staatlich gesteuerte Praxis des Ausreiseverfahrens zu vermitteln.

Daran anschließend berichteten **vier Zeitzeugen** über Hintergründe und nähere Umstände des von ihnen betriebenen Ausreiseverfahrens. Hier wurde wiederum erkennbar das große Maß an Rechtsunsicherheit und Diskriminierung, mit dem sie meist vom Tag der Antragstellung an konfrontiert wurden.

### C) **Expertisen**

Die Berichterstattergruppe 3 hat insgesamt **14 Expertisen** zu folgenden Themenkreisen in Auftrag gegeben:

1) "Das Rechtsverständnis der SED (1961- 1989)"

Bearbeiter: Prof. Dr. Georg Brunner

2) "Die Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale und die Deportationen in die Sowjetunion"

Bearbeiter: Roland Bude

3) "Die Sonderlager von 1945 bis 1950"

Bearbeiter: Gerhard Finn

4) "Strafjustiz, Strafvollzug und Aufsicht über Strafentlassene"

Bearbeiter: Dieter Gräf

5) "Rekrutierung und Ausbildung der Juristen in der SBZ/DDR"

Bearbeiter: Dito

6) "Die Anleitung der Staatsanwaltschaft"

Bearbeiter: Dr. Hans-Jürgen Grasemann

7) "Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen"

Bearbeiter: Staatsminister Steffen Heitmann / Hans-Dietrich Knoth

8) "Selbstdarstellung der DDR vor internationalen Menschenrechtsorganisationen"

Bearbeiter: Prof. Dr. Knut Ipsen

9) "Militärjustiz in der DDR"

Bearbeiter: Dr. Hannes Kaschkat

10) "Ziviljustiz einschließlich Arbeitsrechtsprechung"

Bearbeiterin: Brigitta Kögler

11) "Familienrechtliche Verfahren"

Bearbeiterin: Dito

12) "Einbindung und Behinderung der Rechtsanwälte"

Bearbeiter: Roland Lange

13) "Das Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung - die letzten Jahre der DDR"

Bearbeiter: Prof. Dr. Herwig Roggemann

14) "Die Waldheimer Prozesse"

Bearbeiter: Dr. Falco Werkentin